



Streit um Tal-Center-Neubau

MARZAHN. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat einen Einwohnerantrag gegen das Neubauprojekt **Tal-Center** an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen. Harald Wurr, Vorstandsmitglied und Pressesprecher der **FDP** im Bezirk, kritisiert die Haltung der Linken und Grünen zu den Bauplänen. Überall, wo im Bezirk größere Wohnungsbauvorhaben geplant sind, versuche die Linke Protest dagegen zu mobilisieren, aktuell gegen die Planungen im Bereich Tal-Center. Im Einwohnerantrag werden der landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaft GEWOBAg un-seriöse Geschäftspraktiken vor-geworfen und eine Rückfüh-rung des Geländes ins kommu-nale Eigentum verlangt. Wurr hält dies für rechtlich und sachlich unbegründet. Eine Anpas-sung des nicht mehr funk-tionierenden Gewerbestandes sei notwendig. Der geplante Neubau schaffe dringend be-nötigten Wohnraum und schütze die Umgebung vor Verfall. Zudem werde durch das Bauen in die Höhe weitere Bodenver-siegelung vermieden. Die Poli-tik müsse die Anliegen der An-wohnenden ernst nehmen, je-doch auch den Wohnungsman-gel im Blick behalten. **cs**

Wann kommt die Ortsumfahrung?

MARZAHN: Neuer Schwung für die seit Jahrzehnten geplante Straße in Ahrensfelde

von Christian Sell

Die viel befahrene und oft zugestaute B158 ist Dauerthema in Ahrensfelde. Seit vielen Jahren setzt man sich in der Gemeinde deshalb für eine Ortsumfahrung ein. Wie geht es mit der Ortsumfahrung in Ahrensfelde weiter?

Eine solche ist inzwischen seit rund 40 Jahren geplant, passiert ist aber in all der Zeit absolut nichts. Zuletzt hieß es sogar aus dem brandenburgischen Infrastrukturministerium, dass das Planfeststellungsverfahren für das Projekt ruhe. Jetzt erhofft man sich im Ahrensfelder Rathaus jedoch wieder neuen Schwung für das Vorhaben.

Die geplante Ortsumfahrung soll die viel befahrene B158 entlasten. Über die genaue Art und Weise, wie das passieren soll, gibt es aber seit jeher Unstimmigkeiten zwischen der Gemeinde und dem federführenden Bund.

Während das Bundesverkehrsministerium einen sieben Meter hohen Wall errichten möchte, auf dem die Ortsumfahrung entlang führen soll, wünscht man sich in Ahrensfelde stattdessen eine Tunnellösung. Diese sei zwar teurer, aber trotzdem für alle Einwohner die deutlich bessere Alternative. Der Bund sieht das jedoch anders und hält aufgrund der Kosten an seinen Wall-Plänen fest.

Unterdessen teilte der Abteilungsleiter im federführenden brandenburgischen Ministerium für Infrastruktur im Ausschuss am 11. Dezember 2025 mit, dass das im Jahr 2011 eröffnete und derzeit ruhende Planfeststellungsverfahren zur Ortsumfahrung wiederaufgenommen werden soll. Der Knotenpunkt Ahrensfelder Chaussee mit der Bahn müsse aufgelöst und der Bahnübergang beseitigt werden, weil die Bahn einen doppelten Takt pro Stunde plant. Dies führt in der Konsequenz zum noch häufigeren Schließen des Bahnübergangs für die querenden Züge auf der Chaussee und zu einem noch größeren Verkehrschaos als das schon aktuell vorhandene. Das

Erstellen der neuen Planungen bedeute aber einen großen Mehraufwand, weil eine viel größere Fläche untersucht und bewertet werden müsse.

Der Abteilungsleiter erläuterte, dass es jetzt eine Abstimmung zwischen verschiedenen Behörden-ebenen geben werde, Fachplanungen und Gutachten erstellt würden. Auch die Kosten würden neu ermittelt. Dies alles dürfte drei bis vier Jahre dauern. Dann sollte laut Rolf die Entwurfsplanung vorliegen. Er rechnet daher damit, dass 2029 die Planfeststellung erfolgen kann. Wann diese aber abgeschlossen und es zum Bau-recht kommt, dazu wollte er keine Zeitangaben machen.